

357 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für soziale Angelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Dezember 1969,
betreffend ein Bundesgesetz über die Regelung der Arbeitszeit
(Arbeitszeitgesetz)

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates geht auf ein Volksbegehren zurück. Im Rahmen einer umfassenden Neuregelung auf arbeitszeitrechtlichem Gebiete wird dabei grundsätzlich die 40-Stunden-Woche, und zwar etappenweise bis Anfang 1975, eingeführt. Für den öffentlichen Dienst und die Land- und Forstwirtschaft sowie einigen Teilbereichen des Arbeitsrechtes sind entsprechende gesonderte gesetzliche Regelungen vorgesehen.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für soziale Angelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Dezember 1969, betreffend ein Bundesgesetz über die Regelung der Arbeitszeit (Arbeitszeitgesetz), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 15. Dezember 1969

L i e d l
Berichterstatter

Maria M a t z n e r
Obmann